

Preisbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Dienstag

24. August 1926

Verlag und Anzeigenverteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Docuets-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Budapester Frankfälscher.

Die „Königliche Tafel“ als Berufungsgericht.

Budapest, 24. August. (WIZ.) Die königliche Tafel befälligte als Berufungsinstanz im Frankenfälschungsprozess vollinhaltlich das Urteil des Gerichtshofes nach dem u. a. die Angeklagten Windischgräß und Rádossy zu je vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind.

Die „Königliche Tafel“ hat ihr Urteil gefällt und — Graf Bethlen, den unsichtbaren Angeklagten von jeder Schuld freigesprochen. Die Führung der Verhandlung ließ es deutlich erkennen: nur dies und nichts anderes war der Zweck. Der Gerichtshof trieb regelrechte Vogelstraußpolitik.

Sie haben in Ihren bisherigen Aussagen nicht nur Feldbischof Zdratek und viele andere, sondern auch den Ministerpräsidenten, ja die ganze Regierung denunziert. Antworten Sie mir also auf Ehre und Gewissen, sind Ihre Anschuldigungen wahr?

In dieser Tonart ging es weiter. Was natürlicher, als daß Rába, nun wirt gemacht, seine Fassung vollständig verlor

und ausfragte, was man von ihm verlangte, so auch, daß sein damaliger Verteidiger, der Demokrat Dr. Telek, ihm seine Aussage suggeriert habe. Graf Bethlen sei also schuldlos! Allerdings, am nächsten Tage versuchte Rába seine den Grafen Bethlen entlastende Aussage zu widerrufen. Was tuns? Der Vorliegende mitterte die Gefahr, wurde immer energischer und rückte dem Angeklagten immer härter auf den Leib.

Die schwerste Arbeit war getan. Graf Bethlen stand rein gewaschen da. Nun kam die Reihe an das Zuckerbrot, die Verherrlichung der Angeklagten begann. Und da Prinz Windischgräß vor dem Senat nicht erschienen ist, weil er krank sein soll, wurde der gewesene Landespolizeichef Rádossy das Sorgentind des portrefflichen Senatspräsidenten.

Vor Beginn der Verhandlung hielt Rádossy regelrecht Hof. Im Gänsemarsch marschierten staatliche Funktionäre, Verteidiger und Angeklagte, an Rádossy vorbei. Machten ihre tiefe Verbeugung und Er, der „Heid“, begrüßte sie alle mit einem herablassenden „Servus“, ja einigen Ausermählten wurde sogar ein Händedruck zuteil.

Die Vernehmung der Angeklagten war beendet, Oberstaatsanwalt Rehter begann seine Anklagerede; er mußte allerdings den „Wauwau“ spielen und sowohl Rádossy wie auch Baros anbellten.

Nun stimmten die Verteidiger ihre Lobeshymnen auf die Frankenfälscher an. Dr. Gal, Rádossys Verteidiger, sagte: „Mit Rádossys Beurteilung läme nicht nur seine Person in den Kerker, auch eine große Idee, ein auf jeden Fall verehrungswürdiger Schmerz würde mit ihm zugleich eingekerkert.“

Die Verhandlung war eine Komödie mit verteilten Rollen. Bethlen darf jubeln. Die gefährlichen Klippen des Frankenfälscherprozesses hat er glücklich umschifft. Ob sich das Ausland weiter täuschen läßt?

ausreichend bewacht werden können. Riza Chan hat sämtliche in Betracht kommende Garnisonen an den Grenzen Belutschistans mobilisiert und hofft, die Aufständischen einzukreisen zu können, zumal auch die indische Regierung Vorbereitungen getroffen hat, um einen etwaigen Uebertritt Aufständischer über die persisch-indische Grenze zu verhindern.

Demokratie und Gemeinschaftsgeist.

Eine Rede des Reichskanzlers Marx.

Breslau, 24. August. (WIZ.) Auf der Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland, die im Rahmen des diesjährigen Deutschen Reichstages stattfand, führte Reichskanzler Dr. Marx in einer Rede u. a. aus:

Wie wenig findet man den Geist wahrhafter Staatsgesinnung in unserem Volk vertreten. Man spricht so viel vom Geist der Demokratie und freut sich, daß sie zum Siege vorangeschritten ist, aber vom wahren Geist demokratischer Zusammen- und Gemeinschaftsarbeit verpürt man ungemein wenig. Der Geist des Individualismus beherrscht noch zu sehr die einzelnen Kreise unseres Volkes, ein Individualismus, der jeden Gemeinschaftsinn erdötet und ersticht.

Es ist nicht staatsfördernd und national gehandelt, wenn man die bestehende Regierungsgewalt unablässig hämisch kritisiert und herabsetzt, sich aber weigert, selbst mit Hand anzulegen, um den Wiederaufbau unseres zu Boden gewordenen Staatswesens zu fördern. Es ist bequem und leicht, Kritik zu üben, wenn ein Volk durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges zusammengebrochen ist.

Es verrät keinen Sinn für die Blüte des staatlichen Gefühls, wenn die einzelnen Berufsstände turftüchtig und eigenfinnig lediglich ihre eigenen Interessen vertreten und Berücksichtigung verlangen, ohne dabei zu fragen, ob die wirtschaftliche Lage des eben erst sich mühsam von schwerem Fall sich wiederaufrichtenden Staates solchen Anforderungen gerecht werden kann.

Hilfe für den Großgrundbesitz.

Die agrarische Steuerpraxis.

Ein ganz eigenartiger Ausschnitt aus dem bedeutsamen Kapitel „Landwirtschaft“ ist die Steuerpraxis, in der heute noch die Schliebensche Tendenz vorherrscht, den Großgrundbesitz zu schonen. Diese Tendenz hat grösste Ungeheuerlichkeiten gezeitigt, von denen die Rede sein muß — im Interesse des kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Besitzes, im Interesse aber auch der Allgemeinheit, die ihrerseits für die erheblichen Steuerausfälle aufkommen muß.

Die Landwirtschaft hat neben der Umsatzsteuer Vermögensteuer, Grunderwerbsteuer und Einkommensteuer zu tragen; dazu kommen die Kommunalzuschläge. Die Umsatzsteuer hat an Bedeutung verloren infolge der Ermäßigung dieser Steuer auf 3/4 Proz. und infolge der Bestimmung, daß der eigene Verbrauch umsatzsteuerfrei bleibt, wenn der Jahresumsatz 10 000 M. nicht übersteigt.

Die krassesten Ungleichheiten aber zeigen sich bei der Einkommensteuer, bei der zwischen buchführenden Großbetrieben und den nach Durchschnittssätzen veranlagten bäuerlichen Betrieben unterschieden wird. Der Ton liegt auf der Buchführung — der Buchhalter, der die Bilanz macht, ist alles. Und die Herren Großagrarien haben sehr geschickte Buchhalter, die sie dementsprechend auch entlohnen. So bezieht, um auch das zu erwähnen, der Buchhalter eines adeligen Großgrundbesitzers in der Nähe von Berlin neben freier Station das staatliche Monatsgehalt von 45 M.

In dieses „System“ passen sich die Ernteschätzungen der Finanzämter ein, die in einer Art und Weise vorgenommen werden, daß die Vertreter kleinerer und mittlerer Bauernorganisationen die weitere Teilnahme an diesen Schätzungen abgelehnt haben. Bei diesen Ernteschätzungen werden keinerlei Feststellungen getroffen, auf Grund derer die steuerliche Leistungsfähigkeit einzelner Betriebe untersucht und kontrolliert werden könnte.

Welche Ausfälle in den Steuereinnahmen durch diese „Steuerpraxis“ entsteht, erhellt aus der Ausdehnung des Großgrundbesitzes vor allem in Ostdeutschland, wo 40 Proz. der landwirtschaftlich benutzten Fläche auf Betriebe über 400 Morgen entfallen. Von einigen Beispielen aus der Nähe von Berlin war bereits die Rede. Nach einem vorliegenden Verzeichnis haben in Schlesien 56 Großgrundbesitzer 2 923 364 Morgen Land. Der größte Grundbesitzer ist hier der Fürst Bieh mit 183 132 Morgen; der „kleinste“, der Graf Matuschka, besitzt „nur“ 22 120 Morgen.

Ein dankbares Studienobjekt für die Steuer- und Siedlungspolitiker zugleich! Dabei propagiert der Landbund noch den Steuerstreik, wie der Prozeß in Grevesmühlen zeigte, der jetzt allerdings vor dem Oberlandesgericht Rostock mit der Beurteilung der Angeklagten endigte. Bezeichnend ist, daß die Angeklagten zu ihrer Verteidigung vorbrachten, die Resolutionen des Landbundes seien im Grunde nicht so ernst zu nehmen; man mache eben ein bißchen Theater. Ganz richtig — der Steuerstreik ist für die Großagrarien gar nicht mehr notwendig; sie haben Buchführung und System A. L.

Solgt Primo dem Pangalos?

Aufsehung spanischer Offiziere.

Paris, 24. August. (WIZ.) Wie das „Journal“ aus San Sebastian meldet, haben die jüngst vom Direktorium angeordneten Änderungen der Beförderungsbestimmungen für Artillerie- und Pionieroffiziere bei den davon betroffenen Offizieren einen einmütigen Protest hervorgerufen. Der Generalinspekteur der Pioniertruppen, Montero, sei im Zusammenhang damit festgenommen und als Gefangener auf eine Festung gebracht worden. Alle Pionieroffiziere hätten sich mit ihm solidarisch erklärt.

Russisch-Persisch-Türkischer Vertrag.

Verhandlungen über einen Neutralitätspakt.

Paris, 24. August. (Eigener Drahtbericht.) Der „Petit Parisien“ meldet aus Konstantinopel, daß zufolge Meldungen der türkischen Presse zwischen Sowjetrußland, der Türkei und Persien Verhandlungen eingeleitet sind zum Abschluß eines gegenseitigen Neutralitätsabkommens.

Der Zweck eines solchen Abkommens wäre, daß keiner der drei Vertragsschließenden dem anderen in den Rücken fällt, wenn er — deutlich gesagt — von Italien oder England angegriffen würde; man wird sich wohl auch verständigen, in einem solchen Fall einander beizustehen.

Aufstand in Südostpersien.

Die neuen Zustände in Südostpersien, die von dem „Dost“ Mohammed Chan geführt werden, sehen Riza Chan in eine um so schwierigere Lage, als gleichzeitig in Persisch-Kurdistan gleichfalls ein neuer Aufstand sich vorbereiten soll. Aktionen gegen die Aufständischen sind in diesem Falle besonders schwierig, weil der Dost Mohammed Chan eine sehr bedeutende Stellung einnimmt und als ungekrönter „König der Belutschen“ auf persischem Territorium angesehen wird. Er befehligt in seiner Hauptstadt Bampur nominell das Amt eines erblichen Gouverneurs von Persisch-Belutschistan, war aber in Wirklichkeit von jeher nahezu unabhängig von der Regierung in Teheran, hat auch nie die Verlegung persischer Garnisonen in sein Gebiet geduldet, unterhält dabei aber selbst eine reguläre Armee von circa 20 000 Mann.

Eine gelbe „Arbeiterdelegation“ in Rußland.

Ein begeisterter Bericht Geislers.

Die KPD., um eine Ablenkung von ihren tristen Parteiverhältnissen zu haben, bereitet sich vor, mit der sogenannten „zweiten deutschen Arbeiterdelegation“ einen großen Kummel zu veranstalten. Um so auffälliger muß es sein, daß sie nicht auch eine andere „Arbeiterdelegation“, die dieser vorhergehend, entsprechend ausgeschlachtet hat.

Vor der gegenwärtig in Sowjetrußland herumgeführten „Arbeiterdelegation“ befand sich nämlich eine andere dort und zwar unter Führung des Häuptlings der Gelben, des unruhlich bekannten Reichstagsabgeordneten Fritz Geisler. Die KPD. hatte von dieser Delegation zwar kein Aufhebens gemacht, wenigstens nicht in der Öffentlichkeit, der gelbe Oberbock aber konnte es sich nicht verkneifen, seine ersten Eindrücke in einem reaktionären deutschen Blatt zu veröffentlichen. In Nr. 29 der „Deutschen Illustrierten“ vom 18. Juli 1926 befindet sich folgender Bericht des Geisler:

Moskau.

Diese Stadt bietet das Bild einer mit östlichem Anstrich versehenen Millionenstadt mit einem mindestens ebenso lebhaften Menschenstrom auf den Straßen wie in Berlin. Dem objektiven Beobachter drängt sich bald der Eindruck auf, daß planmäßig an der Wiederinstandsetzung des äußeren Bildes der Stadt gearbeitet wird, und daß der Drang, aus den Folgen der durch den Krieg, die Revolution und die ententistischen Interventionen und Bürgerkriege angerichteten wirtschaftlichen, hygienischen und moralischen Verwüstungen herauszukommen zu wollen, schon auf vielen Gebieten am Werk ist und bereits die ersten Erfolge erzielt hat. Moskau dürfte zweifellos sehr bald wieder in allen Teilen den Eindruck einer — soweit es östliche Verhältnisse ermöglichen — sauberen und gepflegten Großstadt machen. Die Bevölkerungsziffer Moskaus (zurzeit über 2 Millionen) und anderer Großstädte Rußlands ist stark im Steigen begriffen. Infolgedessen herrscht eine erklärliche große Wohnungsnot, deren Elend wir ja auch in Deutschland zur Genüge kennen gelernt haben. Der gesamte Hausbesitz ist zwar mit der Revolution in den Besitz des Staates übergegangen, aber man hat bereits erkannt, welche höhere pflegende und erhaltende Kraft mit der privaten Verantwortung für einen Besitz und damit auch für ein Haus verbunden ist, und daß die kollektivistische oder staatliche Verwaltung und Geschäftsführung der Hauswirtschaft nicht diejenigen Möglichkeiten zur Wiederinstandsetzung und Pflege der Häuser und zur Überwindung der Wohnungsnot erschließen und erschöpfen kann wie die private Verantwortung eines einzelnen. Deshalb geht man in Rußland bereits dazu über, Häuser auf 15 Jahre an Private zu verpachten, die an den Staat oder an die Gemeinde einen jährlichen Pachtzins zu entrichten und die Verpflichtung zur Wiederinstandsetzung und Erhaltung der Häuser zu übernehmen haben, dann aber auch berechtigt sind, die Wohnungen solcher Häuser nach eigenem Gutdünken und nach

von ihnen festzusetzenden Mietpreisen vermieten zu dürfen. Der Automobil- und der Autoomnibusverkehr in den Straßen hat bereits lebhaftere Formen angenommen und weist eine steigende Entwicklung auf. In den fast durchweg wieder eröffneten Geschäftsläden blüht ebenso wie in einem sehr umfangreichen und fast Marktverhältnisse annehmenden Straßenhandel wieder ein flotter Handelsverkehr auf, vielfach schon wieder privatrechtlicher Natur, der in größter Auswahl und anscheinend uner schöpfligen Mengen alle nordischen und südländischen Produkte dieses großen und reichen Landes feilbietet. Die Oper und das große Ballett in Moskau sind ausgezeichnet, wie früher. Große Lautsprecher auf den Plätzen Moskaus vermitteln der Bevölkerung allabendlich die Töne der Oper durch das Radio kostenlos. Die Theater und die Kinos, deren Eintrittspreise ungefähr Berliner Preisen entsprechen, sind allabendlich gefüllt.

Besonders bemerkbar ist in Moskau der große Andrang zur Universität, und zwar aus Arbeiter- und Bauernkreisen. Etwa 3000 ausgesuchte Arbeiter- und Bauernsöhne und -töchter werden in drei- bis vierjährigen Vorstudien für die Universität ausgebildet. Als einzige Fremdsprache wird lediglich Deutsch gelehrt, und zwar auch nur für Mediziner.

Für die nächsten Jahre braucht Rußland Frieden im Inneren und an seinen Grenzen, um wieder wirtschaftlich gesunden und durch einen planmäßigen Wiederaufbau seiner Armee militärisch erstarren zu können. In der Zwischenzeit arbeitet die national-kommunistische Selbstständigkeitsbewegung der asiatischen Völker an der Zurückdrängung des Einflusses der Ententemächte und Amerikas auch im Interesse Rußlands.

Es ist erfreulich, zu lesen, welche günstigen Eindruck Geisler von Moskau bekommen hat. Er freut sich offenbar ganz besonders, daß man nunmehr wieder Wohnhäuser an Private abgibt, die nach ihrem Gutdünken Pächter treiben können. Nicht minder erfreulich für Geisler war es, festzustellen, daß das Schiebertum und der Privathandel wieder florieren. Am interessantesten aber ist es, festzustellen, wie der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete und Führer der Gelben politische Reklame für Sowjetrußland macht.

Wenn selbst dieser Oberfachist sein ungetrübtetes Wohlgefallen an Sowjetrußland findet, dann kann man sich erst recht die Begeisterung der zweiten „Arbeiterdelegation“ vorstellen. Dabei ist noch die bescheidene Feststellung zu machen, daß die Sowjetregierung zwar Sozialdemokraten die Einreise nach Rußland verweigert, wenn diese Sozialdemokraten nicht von vornherein zur unbedingten Begeisterung für Sowjetrußland entschlossen sind, daß sie aber gleichzeitig dem gelben Faschistenführer weit die Tore nach Sowjetrußland öffnet.

gefangen nur 36 000 die Arbeit aufgenommen haben, dann erweisen sich die seit Wochen zirkulierenden Nachrichten über den bevorstehenden Zusammenbruch des Streiks als ein Tendenzschwindel schlimmster Art. Dabei ist zu beachten, daß nach derselben Quelle sich darunter 9000 Bergarbeiter befinden, die zu den alten Arbeitsbedingungen, sowohl was die Löhne wie die Arbeitszeit betrifft, die Arbeit wieder aufgenommen haben, während der Bergarbeiterverband sogar zu Konzessionen in der Frage der Löhne bereit ist. Trotz des suchbaren Elends stehen die englischen Bergarbeiter fest. Darum muß eifrig für sie gesammelt werden.

Die Unterstützung der englischen Bergarbeiter muß unersetzlich im vollen Umfange einleiten, um zu verhindern, daß sie ihren Kampf erfolglos abbrechen müssen. Die Streikenden sind zu Verhandlungen auf annehmbarer Grundlage bereit. Die Grubenbesitzer werden dann erst dazu bereit sein, wenn sie sehen, daß ihre Freude über den Zusammenbruch des Streiks durch den Hunger vergeblich war.

Sauregurkenzeit in England.

London, 24. August. (Ill.) „Evening Standard“ glaubt, daß der Anfang nächsten Monats in Bournemouth stattfindende diesjährige Gewerkschaftskongress eventuell einen neuen Generalstreik bringen könne. Ein Aktionsprogramm in dieser Hinsicht sei allerdings noch nicht festgelegt.

Allerdings nicht, da offenbar noch Unstimmigkeit darüber besteht, ob dieser eventuelle Generalstreik eventuell um 8 Uhr morgens oder um 12½ Uhr mittags beginnen soll.

Eine Pleite.

Zergebliche Anstrengungen der KPD.

Rathenow, 25. August. (Eigener Bericht.) Im Vordergrund der sich überstürzenden Parolen der kommunistischen Partei steht heute der „Kongress der Werktätigen“. Hierfür auch in Rathenow Stimmung zu machen, ist eine selbstverständliche Aufgabe der hiesigen Ortsgruppe. So hatte sie am Sonnabend durch Handschreiben alle Organisationsvertreter und auch Einzelpersonen zu einer „informativischen“ Versammlung eingeladen. Aber ohne Erfolg. Die Betsprechung zählte nur annähernd 30 Besucher, fast ausschließlich die Getreuen.

Als Redner des Abends fungierte Reichstagsabgeordneter Schlicht, der nach der kommunistischen Schablone die wirtschaftlichen Verhältnisse beurteilte, um für diesen Kongress zu werben. Natürlich hat an aller Not die Sozialdemokratie schuld. In der nachfolgenden Aussprache bedauerte Frixe vom Roten Frontkämpferbund, daß diese Versammlung so schlecht besucht sei, und glaubte es darauf zurückführen zu müssen, daß sie von einem Kommunisten einberufen war. Wäre es ein anderer gewesen (er meinte die Sozialdemokraten), hätte man sich wahrscheinlich darüber nicht zu beklagen. Darin hatte er zweifellos recht.

Eine sachliche Aussprache darüber, was ein Kongress der Werktätigen an der wirtschaftlichen Not ändern könnte, konnte bei der Zusammenkunft der Versammlung nicht zustande kommen, und so beschränkte man sich darauf, allen Anwesenden ans Herz zu legen, für diese Parole in allen Betrieben und unter den Arbeitslosen zu werben. Im Schlußwort betonte Schlicht unter verstärkten Angriffen gegen die Sozialdemokratie nochmals die unbedingte Notwendigkeit eines Kongresses der Werktätigen. Nachdrücklich hob er hervor — und das ist interessant —, daß es unter keinen Umständen eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten im politischen Handeln geben könnte.

Damit hat ein berufsener Rund der kommunistischen Partei wieder einmal einwandfrei zum Ausdruck gebracht, wie man die Einheitsfrontparole der Kommunisten zu bewerten hat. Somit war der Abend eine völlige Pleite. Das wird unsere Freunde von Links jedoch nicht hindern, in der „Roten Fahne“ einen überschwenglichen Artikel zu fabrizieren: „Die Rathenower Arbeiterschaft für den Kongress der Werktätigen.“ Wir wissen nun, was wir davon zu halten haben.

Die rückständigen Lohnzahlungen in Rußland.

Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion erläßt folgendes Rundschreiben („Pravda“ vom 18. August 1926, Nr. 188): „Nach den beim Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion eingelaufenen Meldungen haben sich in der Provinz die Fälle nicht rechtzeitiger Auszahlung der Löhne an Arbeiter und Angestellte erneut vermehrt. In einer Reihe von Bezirken ist eine erhebliche Lohnverschuldung an die Angestellten der Behörden zu verzeichnen. Auch die Lohnverschuldung in Industriebetrieben ist im Steigen begriffen. Angesichts dieser Lage wendet sich der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion an alle Gewerkschaftsverbände mit der Anweisung, der Frage der rechtzeitigen Auszahlung des Arbeitslohnes erneut verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Gewerkschaftsverbände werden angewiesen, die Unterstützung der Organe des Arbeitskommissariats in Anspruch zu nehmen und gegen die betreffenden Wirtschaftsorgane mit energischen Maßnahmen vorzugehen, wobei nötigenfalls auch vor der gerichtlichen Verfolgung der für die nicht rechtzeitige Auszahlung der Löhne Verantwortlichen nicht Halt gemacht werden soll.“

Zeitungsstreik in Warschau.

Warschau, 24. August. (WZ.) Gestern abend sind in Warschau die Zeitungsdrucker in einem Sympathiestreik zugunsten der seit geraumer Zeit streikenden Buchdrucker eingetreten. Von den Tageszeitungen sind nur der „Nowo Kurjer Polski“, der in der Staatsdruckerei hergestellt wird, und der „Gyphs Poranny“, der auf einer Handmaschine abgezogen wird, erschienen.

Wirtschaft

Der Tee in der Weltwirtschaft.

Nach einer neuen Statistik der Vereinigung vor der Theekultur in Niederländisch-Indien hat der Teeverbrauch der wichtigsten Tee konsumierenden Länder wie England, Amerika, Rußland und Deutschland, in den letzten fünf Jahren eine erhebliche Zunahme aufzuweisen. So steigerte sich in England der Verbrauch von 178,2 Millionen Kilogramm im Jahre 1920 auf 191,2 Millionen Kilogramm im Jahre 1925, in den Vereinigten Staaten von 39,8 Millionen Kilogramm auf 45,4 Millionen Kilogramm, in Rußland von 0,029 Millionen Kilogramm auf 10,5 Millionen Kilogramm, in Deutschland von 1,74 Millionen Kilogramm auf 4,12 Millionen Kilogramm. Dagegen hat der Teeverbrauch in Frankreich nachgelassen, und zwar von 1,83 Millionen Kilogramm auf 1,74 Millionen Kilogramm.

Andererseits hat auch die Teeproduktion in diesem Jahr fünf nicht unwesentliche Fortschritte gemacht. Es wurden im Jahre 1920 insgesamt 287,96 Millionen Kilogramm auf den Markt gebracht und im Jahre 1925 360,18 Millionen Kilogramm. Das Hauptproduktionsland für Tee ist Britisch-Indien, das im Jahre 1925 mit einer Ausfuhr von 156,8 Millionen Kilogramm führte, an zweiter Stelle steht Ceylon mit einer Ausfuhr von 94,3 Millionen Kilogramm, dann Niederländisch-Indien mit 50,6 Millionen Kilogramm und China mit 50,2 Millionen Kilogramm. An fünfter Stelle steht Japan mit 12,6 Millionen Kilogramm. Sehr bemerkenswert ist, daß die Ausfuhr von Niederländisch-Indien in den letzten 25 Jahren beträchtlich zugenommen hat, während andererseits die chinesische Teeausfuhr zurückgegangen ist, allerdings in letzter Zeit wieder steigende Zahlen aufweist.

Die Finanzierung der Ernte. Zu den Forderungen nach Krediten zwecks Vermeidung der Notverläufe tritt das preussische Landwirtschaftsministerium mit, daß dem Beschluß des Landtags durch das zwischen der Reichsbank und der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse getroffene Abkommen über die Finanzierung der kommenden Getreideernte Rechnung getragen ist. Auf Grund dieses Abkommens soll Landwirten, die den genossenschaftlichen Warenorganisationen Getreide verkaufen, eine vorläufige Anzahlung bis zur Höhe von 60 Proz. des Wertes der abgelieferten Waren in Form eines Wechselakzeptes der Warenorganisationen gegeben werden. Die Bestimmung des endgültigen Kaufpreises erfolgt unter Mitwirkung des Landwirtes; er wird berechnet in Anlehnung an den Tagespreis eines von ihm innerhalb der Laufzeit des Wechsels zu benennenden Zeitpunktes. Den von der Warenorganisation akzeptierten Wechsel diskontiert der Landwirt bei den genossenschaftlichen Kreditorganisationen, denen für ihre Forderungen mit dem abgelieferten Getreide Sicherheit gestellt wird. Diese Wechsel werden von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse aufgenommen und erforderlichenfalls in beschränktem Umfange einmal prolongiert; im Bedarfsfalle werden sie an die Reichsbank weitergeleitet. Die ganze Aktion soll mit möglichst niedrigen Unkosten für den Landwirt durchgeführt werden. Es sind Ermäßigungen darüber im Gange, inwieweit sich gleichartige Abmachungen noch mit anderen landwirtschaftlichen Kreditorganisationen ermöglichen lassen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geget; Wirtschaft: Fritz Schönbauer; Gewerkschaftsbewegung: J. Geisler; Freileitung: Dr. John Schilowski; Lokale und Sonstiges: Fritz Karthaus; Anzeigen: Th. Glöckel; Familien in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Es ist eine Kunst

schon für 3 Pfennige eine wirklich gute Zigarette zu liefern. Wir verstehen es, die einzelnen Tabaksorten mit raffiniertem Geschmack zu mischen.

Kibari
dick und rund
ohne Mundstück.

3 Pf

Scherif
flaches Format
Gold · Silber · Kork.

